



Einführung und Grundzüge des IT-Vertragsrechts

Univ. Lektor Dr. Ingmar Vinzenz

Email: ingmar.vinzenz@tuwien.ac.at

- Was ist das?
- Kein fester Rechtsbegriff, Begriff wird für „Sammelsurium“ an Regelungen im Zusammenhang mit der Nutzung von EDV bzw. IT verwendet!
 - Vertragsrecht der Informationstechnologien
 - Hardware, Software: Rechtliche Gestaltung von Verträgen
 - IT-Projekte, Cloud-Services, Software as a Service
 - Schutzbestimmungen: Konsumenten, Arbeitnehmer
 - Immaterialgüterrecht im Bereich der Informationstechnologien
 - Urheber-, Patent-, Gebrauchsmusterrecht
 - eGovernment
 - Elektronische Aktenführung, Abwicklung verwaltungsbehördlicher oder gerichtlicher Prozesse und Abläufe
 - Rechtsinformationssysteme
 - Regelungen für Telekommunikation
 - Telekommunikationsanbieter
 - Datenschutzrecht (inklusive Datensicherheit)

- Was ist das? – Fortsetzung
 - Recht des elektronischen Geschäftsverkehrs
 - Online-Vertrieb
 - Digitale Güter, Finanzdienstleistungen,
 - IT-Dienstleistungen (Provider,...)
 - Berufsrecht
 - Gewerberecht
 - Sonstige berufsrechtliche Regelungen
 - Medien- und Rundfunkrecht
 - Computerstrafrecht
 - Wettbewerbsrechte Aspekte
 - Beweis- und prozessrechtliche Aspekte
 - eRechnung, eGeld, und Steuerrecht
 - Abschreibungen, Versteuerung von Leistungen
 - Querschnittsmaterien
 - Domainrecht (Urheberrecht, Markenrecht, Namensrecht, Firmenrecht, Lauterkeitsrecht)

- Quellen des IT-Rechts:
- „Neu oder Alt“
 - Anpassung oder Interpretation bestehender Regelungen
 - Judikatur und Literatur
 - Schaffung neuer Regelungen, rechtlicher Altbestand oft nicht ausreichend
- Nach Rechtsgebiet:
 - Öffentliches Recht – Privatrecht
 - Regelungen durch Privatpersonen im Rahmen der Privatautonomie
 - Domainrecht
- Hohe Zersplitterung an Regelungen!
 - Nationale Bestimmungen
 - EU-Vorgaben
 - Richtlinien
 - Vollharmonisierende Richtlinien (zB. Fernabsatz) – ohne viel Spielraum
 - Verordnungen (Datenschutzgrundverordnung)

- Privatautonomie als wichtiger Bestandteil des Privatrechts
- Recht von natürlichen und juristischen Personen zur Selbstgestaltung ihrer Rechtsverhältnisse

	Öffentliches Recht	Privatrecht Recht
Verhältnis	Staat und Normunterworfenen	Verhältnis zwischen Privaten
Rang	Über- und Unterordnung	Prinzipielle Gleichstellung, mit Schutzbestimmungen
Instrument	Hoheitsgewalt („Imperium“)	Verträge
Bindung	Legalitätsprinzip, Art 18 B-VG	Privatautonomie, ABGB
Spielraum	„Die gesamte staatliche Verwaltung darf nur auf Grund der Gesetze ausgeübt werden.“	Grundsatz: „Was nicht verboten ist, ist erlaubt“
	Zwingendes Recht	Dispositives Recht
Durchsetzung	Behörden, öffentliche Gerichte	Ordentliche (Zivil-) Gerichte

■ Gesetze – Auswahl

- Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (ABGB)
- Unternehmensgesetz (UGB)
- Konsumentenschutzgesetz (KSchG)
- E-Commerce Gesetz (ECG)
- Signatur- und Vertrauensdienstegesetz
- Fern- und Auswärtsgeschäfte-Gesetz (FAGG)
- E-GeldG
- Urheberrechtsgesetz (UrhG)
- Telekommunikationsgesetz (TKG)
- DSG 2000, wird durch Datenschutzgrundverordnung abgelöst
- ZugangskontrollG (ZuKG)
- Fern-Finanzdienstleistungsgesetz – FernFinG
- Gesetz gegen unlautere Geschäftspraktiken – UWG
- E-GovernmentG
- Strafgesetzbuch (StGB)

- Verträge bringen Einschränkung mit sich
 - Freiwillig eingegangen
 - Durchsetzbar
- 4 Freiheiten der Privatautonomie:

Grundsatz	Einschränkungen/Ausnahmen
Abschlussfreiheit	Kontrahierungszwang
Inhalts,- Gestaltungsfreiheit	Typenzwang im Sachenrecht, Sittenwidrigkeit, Schutzbestimmungen
Formfreiheit	zB. Schriftform, Notariatsakt
Beendigungsfreiheit	zB. Kündigungsbeschränkungen

- Gesetzgeber stellt Vertragstypen als dispositives Recht zur Auswahl:
 - zB: Kauf-, Darlehen-, Miet-, Dienst-, Werkvertrag
 - Dienen als Vertragsschablonen und „Auffangnetz“, können angepasst und abgeändert werden
 - Privatrechtliche Vertragsschablonen: AGB!
- Neue Vertragstypen (sui generis) und Mischformen:
 - Leasing-, Franchise-, Factoring-, Lizenz-, Know-How-Vertrag
- Einschränkungen
 - Schutzbestimmungen iZm Arbeitnehmer, Mutterschutz, Konsumenten, Wettbewerb und Kartelle, Produkthaftung, und zahlreiche mehr!
 - § 879 ABGB: Sittenwidrigkeit
 - Rechtlich und faktisch Unmögliches
 - Sachenrecht, Familienrecht, auch Urheberrecht

■ Abschlussfreiheit:

- Jeder kann sich aussuchen, mit wem er einen Vertrag abschließt
- Achtung auf Diskriminierung
- Kontrahierungszwang: Güter der Daseinsvorsorge: Strom, Wasser, öffentlicher Verkehr,...
- Kontrahierungszwang kann auch bestimmte Inhalte eines Vertrages betreffen (Kfz-Versicherungen)

■ Formfreiheit:

- Mündlich, schriftlich, per E-Mail oder SMS, Zeichen,...
- Ausnahmen: zB. Schriftlichkeit oder in Form von Notariatsakt

■ Beendigungsfreiheit

- Freiheit, einen Vertrag beenden zu können
- Oft mit Fristen bzw. eigene Regelungen: Schutz von Mietern, Arbeitnehmern, Lehrlingen,...

■ Schriftlichkeit:

- Wenn Schriftlichkeit gefordert: Schriftlichkeit = Unterschriftlichkeit!
- 1. Möglichkeit: Eigenhändige Unterschrift auf Papier und Übermittlung in Papierform
 - Achtung: Kein Scan! Unterschrift in gescanntem pdf reicht nicht!
- 2. Möglichkeit: Fax
 - Judikatur: Fax erfüllt Formerfordernis für Unterschriftlichkeit (!)
- 3. Möglichkeit: Qualifizierte elektronische Signatur nach SigG
- Sonderfall: Beglaubigte Unterschriften (Notar)
 - Bsp: Grundbuchsrecht

■ Achtung:

- Oft wird in Verträgen geregelt, dass Erklärungen aus dem Vertrag „schriftlich“ zu erfolgen haben
 - Problematisch, wenn Fristen davon abhängen und Erklärung nicht schriftlich (unterschriftlich) abgegeben wurde
- Besser: Im Vertrag festhalten, dass E-Mail auch ausreichend ist!

■ Notariatsakt:

- „Vertrag wird vor Notar abgeschlossen, der ihn laut vorliest“
- Beispiele:
 - Ehepakete
 - Schenkungen ohne wirkliche Übergabe
 - In der Praxis wichtig: Gesellschaftsvertrag zur Gründung einer GmbH und Übertragung von GmbH-Anteilen (Änderung der Formvorschrift oft diskutiert)
- Achtung: Notariatsaktpflicht gilt auch für Vorverträge oder Optionen dazu!

■ Beispiel:

- Unternehmen A gewährt Unternehmen B für dessen Produkte Zugriff auf Know-How. Wenn Unternehmen B erfolgreich ist, soll A als „Entgelt“ Gesellschaftsanteile von B erhalten oder es soll eine gemeinsame Gesellschaft gegründet werden, an der beide Anteile erhalten.
- (Vor-)Vertrag dazu wäre notariatsaktpflichtig!

- Einschränkung der persönlichen Freiheit / Rechtfertigung
- Herbeiführung von Rechtsfolgen/Rechtswirkungen
- Abschluss durch korrespondierende Willenserklärungen
- Angebot (Anbot) und Annahme
 - In der Wirtschaft: „Hin und Her“ von Angeboten
 - Wann erfolgt Vertragsabschluss?
- Willenserklärungen
 - Äußerung, die auf den Eintritt von Rechtsfolgen gerichtet ist
 - Ausdrücklich / konkludent (=schlüssig), §§ 863, 864 ABGB
 - Bindungswille, Rechtsfolgewille
 - Zugang

- Korrespondierende Willenserklärungen
 - Konsens >< Dissens
 - (Ausnahme: Realverträge)
- Hauptleistungspflichten (essentialia negotii)
 - Charakteristische Eckpunkte eines Vertrages
- Vertragstyp
- Objektiver Erklärungswert
- Auslegung von Willenserklärungen
- Elektronische Willenserklärungen
 - Lediglich elektronische Übertragung
 - Neue Medien
 - Bildung durch ein Computersystem (Agenten)
- Boten/Stellvertreter (Geschäftsfähigkeit, Ermächtigung, Offenlegung)

- Willenserklärung
 - In aller Regel empfangsbedürftig
 - Willensäußerung
 - Auf Rechtsfolgen gerichtet
- Willensbetätigung
 - Keine konkrete Äußerung
 - Einem Tun wird Erklärungswert beigemessen
 - Kein Erklärungsempfänger „vorhanden“
 - zB Zeitungskauf am Zeitungsständer
 - Außenwirkung notwendig!
- Realakt
- Willensmitteilung
- Wissenserklärung

- Was ist Angebot und Annahme? Wann ist der Vertrag perfekt?
 - Kauf eines Liter Milch im Supermarkt
 - Kauf einer Leberkäsesemmel von der Feinkosttheke im Supermarkt
 - Kauf vom Kaffeeautomaten
 - Kauf im einer Ware im Versandhandel
 - Kauf eines mp3
 - Kauf beim „Schaufensterbummel“
 - Selbstbedienungstankstelle
 - Busfahrt
 - Kauf beim Zeitungsständer
 - Kauf von eBay
 - Laufender Austausch von mehreren Angeboten und Gegenangeboten unter Einbeziehung mehrerer AGB

- Formfreiheit
- Zulässigkeit elektronischer Kommunikationen
 - Erreichbarkeit an der Adresse?
- Abgabe (elektronischer) Willenserklärungen
 - Persönlich/mündlich
 - Telefon/VoIP
 - Chat/Messenger
 - E-Mail
 - Web-Formulare
 - Senden von Dateien/FTP-Server
 - Soziale Netzwerke
- Rechtlich relevant: synchron/asynchron (= „Anwesende“/“Abwesende“)

- Synchron: sofort
- Asynchrone Kommunikation (§ 12 ECG)
 - Mit Abruf kann unter gewöhnlichen Umständen gerechnet werden (nicht in der Nacht und am Wochenende)
 - Jedenfalls aber mit tatsächlicher Kenntnisnahme
 - Wiederum: Erreichbarkeit an der Adresse?
 - => Vertrauenstatbestand notwendig!
 - Provider als Empfangsbote
 - Beweisproblem des Zugangs (E-Mail!)
 - E-Mail-Sendeprotokoll reicht nicht aus! Zeitgemäß?
- Widerruf von Willenserklärungen
 - Bis zum Zugangszeitpunkt
 - Außer bei (spätestens) gleichzeitiges Eintreffen des Widerrufs
 - Teilweise wird auch Widerruf danach angenommen
 - Erklärungsempfänger hat keine wirtschaftliche Aufwendungen getätigt, oder
 - Erklärungsempfänger wird für Aufwand entschädigt

- § 862 ABGB
- Bei synchroner Kommunikation:
 - Angebot muss „sogleich“ angenommen werden
- Bei asynchroner Kommunikation
 - Bindungswirkung richtet sich nach angemessener Überlegungsfrist und Beförderungsfrist
 - Angemessenheit im Einzelfall unterschiedlich
 - Angebot für Computertastatur?
 - Individualsoftware?
 - Kauf eines Flugzeugs?
 - Mindestfristen?
 - Nein! Kann Angebotsleger selbst festlegen!
 - Befristung des Angebot ratsam, sonst Interpretationsspielraum!

- Abgrenzung der Risikosphären bei der Erklärungsübermittlung
 - Solange noch nicht in Machtbereich des Empfänger gelangt, Risiko des Versenders
 - Machtbereich: E-Mail-Server des Empfängers
- Verlust am Übertragungsweg
 - Kein Zugang
- Verstümmelung (Unlesbarkeit)
 - Was ist der objektiver Erklärungswert für einen Dritten?
- Veränderung (aber lesbar)
 - Was ist der objektiver Erklärungswert für einen Dritten?
- Verstümmelung beim Nachrichtenabruf vom Server
 - Vorher korrekter Zugang
- Technische Probleme beim Abruf
 - Störungen der Empfangseinrichtung

- Bindungswille (vs. Scherzerklärung)
 - Angebot vs. Invitatio ad offerendum
- Geschäftsfähigkeit
 - Jedenfalls ab dem 18. Lebensjahr
 - Ausnahmen: Psychische Krankheit, geistige Behinderungen
 - Darunter abhängig von:
 - Eigenes Einkommen
 - Zur freien Verfügung Überlassenes
 - Alterstypische Geschäfte
 - Genehmigung durch den gesetzlichen Vertreter
- Vertretungsberechtigte Person?
 - Geschäftsführer, Prokurist – NICHT Eigentümer einer GmbH)
- Konsens und Dissens
- Formerfordernisse
- Keine absolute Unmöglichkeit

- Fehlen von Gesetzeswidrigkeit
 - Immanente Gesetzeswidrigkeit
 - Intendierte Verhinderung von Vertragsbindungen
 - Begleitende Gesetzeswidrigkeit (verhindert Vertragsabschluss iaR nicht)
 - Verstoß gegen Öffnungszeiten
 - Verstoß gegen ECG
 - Fehlende Gewerbeberechtigung?
- Keine Sittenwidrigkeit – § 879 ABGB
- (Willensmängel (§§ 870 ff ABGB) -> Anfechtbarkeit!
 - Drohung
 - List
 - Irrtum)

- ABGB
- Fern und Auswärtsgeschäfte-G (FAGG)
- (KSchG)
- ECG (E-Commerce-Gesetz)
 - Information vor Vertragsabschlüssen (§ 9 ECG)
 - Vor Abgabe einer Vertragserklärung
 - Erklärung der einzelnen technischen Schritte, die zu einer Vertragserklärung führen
 - Erklärung wie Vertragstext gespeichert wird (ggf. Zugang dazu)
 - Erklärung der technischen Mittel zur Erkennung und Berichtigung von Eingabefehlern
 - Mögliche Sprachen für einen Vertragsabschluss
 - Ausgenommen sind Vertragsabschlüsse per E-Mail

- ECG (§ 10 ECG)
- Information **bei/zur** Abgabe einer Vertragserklärung
 - Wirksame technische Mittel, um Eingabefehler erkennen zu können (§ 10 Abs 1 ECG)
 - Bestätigung einer Vertragserklärung (§ 10 Abs 2 ECG)
 - Nicht bei E-Mail und ähnlicher elektronischer Post (Abs 3)
- Nur Verwaltungsübertretung (bis EUR 3000)
- Zivilrechtlich aber wirksam
 - Vertrag entsteht/bindet auch bei Nichteinhaltung
- § 9 und 10 ECG sind im Verhältnis zu Verbrauchern bindend

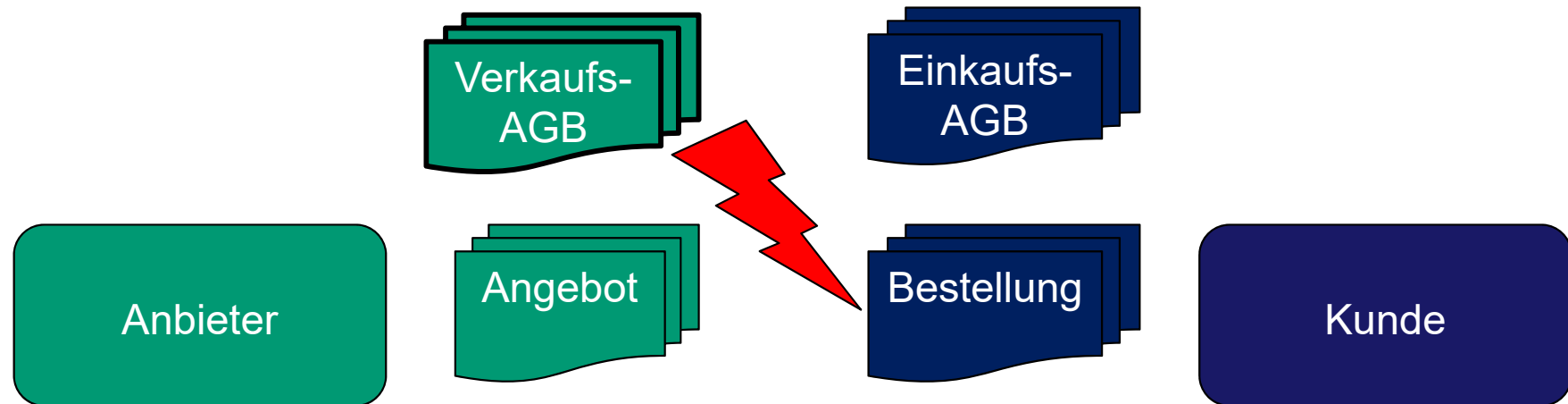
- Fernabsatz und Auswärtsgeschäftegesetz (FAGG)
- Nur zwischen Unternehmer und Verbraucher (B2C)
- Zahlreiche Ausnahmen!
- Im Fernabsatz abgeschlossene Verträge
 - Einsatz eines Fernkommunikationsmittels, Keine gleichzeitige physische Anwesenheit der Parteien
 - Organisiertes Vertriebssystem seitens des Unternehmers
- Eckpunkte:
 - Zahlreiche Informationspflichten
 - „Rücktrittsrecht neu“ mit Ausnahmen
 - Regelungen über Versandkosten bei Rücksendungen
 - „Button-Lösung“
 - Zahlreiche Sonderregelungen und Ausnahmen
 - Telefonisch abgeschlossene Dienstleistungsverträge
 - Leistungen über digitale Inhalte

- Was sind AGB und wozu?
 - Vorformulierte Vertragsschablonen
 - Vertragsmuster zum schnelleren Vertragsabschluss
 - Abwicklung von Massengeschäften
 - Einheitlichkeit von Verträgen und Rechtssicherheit
 - AGB können Beilage zu einem Vertrag sein, aber auch ein gewöhnlicher Vertrag kann AGB darstellen
 - Wunsch, vom dispositiven Recht abzuweichen bzw. dieses zu ergänzen
 - Regelung von nicht vertypisierten Vertragsarten
 - Leasing, Franchise
 - In der IT: Softwarelizenzverträge und SLA oft als AGB;
 - AGB von Facebook, Google und co.
 - Sehr oft: Einseitig von einer Partei vorgegeben
 - Beispiele:
 - Hausordnungen für Mieter, Beförderungsbedingungen, Verkaufsbedingungen
 - ÖNORMEN (von Dritten vorgegebene „neutrale“ AGB)
 - AVB-IT der Republik Österreich

- Geltungsgrund von AGB
 - 1. Durch Gesetz (selten)
 - 2. Durch Handelsbrauch (selten)
 - 3. Durch Vereinbarung (Regelfall!)
- Vereinbarung:
 - Hinweise auf AGB in Rechnungen, Lieferscheinen idR nicht wirksam
- Einbeziehungskontrolle? Sind diese wirksam vereinbart worden?
 - Möglichkeit zumutbarer Kenntnisnahme (Sprache)
 - Relevant für Webshops
 - Speicherbarkeit und Abrufbarkeit von AGB (§ 11 ECG)

- Geltungskontrolle (§ 864a ABGB)
 - Ungewöhnlicher Inhalt?
 - Nachteilig?
 - Brauchte man nicht damit zu rechnen?
- (Transparenzgebot KSchG)
- Inhaltskontrolle (§ 879 ABGB und KSchG)
 - Gröbliche Benachteiligung?
- Vertragsformblätter und vorgefertigte Standardverträge werden wie AGB behandelt und geprüft!
 - Äußere Form oder Bezeichnung spielt als Einstufung als AGB keine Rolle
 - Kann sich auch nur auf Teile eines Vertrages beziehen
 - Wurden Bedingungen ausverhandelt?
 - Restgültigkeit von Bestimmungen, geltungserhaltende Reduktion

„Battle of Forms“ – Kampf der AGB



- Abweichende Bestellungen sind annahmebedürftige Gegenangebote
- Angebote/Bestellungen enthalten oft Abwehrklauseln
 - „Nur meine AGB sollen gelten“: Oft wirkungslos!
 - Letztes Wort (Angebot) zählt?
- Vertragsabschluss? Korrespondierende Willenserklärungen?
 - Mit welchem Inhalt?
 - Kein Vertrag?
 - Restwirksamkeit ohne umstrittene Klauseln?
- Leistung wird nun erbracht, es kommt zum Streit über kleinere Aspekte:
 - Leistungsaustausch wohl von Parteien prinzipiell gewollt
 - Regelungsbedürftige Lücke oder Unklarheit?
 - Füllung durch dispositives Recht
 - Interpretation

- Unternehmen A möchte mit dem Softwareunternehmen B einen Rahmenvertrag zur rascheren Bestellung von IT-Leistungen abschließen.
 - Dazu wird ein Rahmenvertrag, sowie AEB-IT des Unternehmens A zwischen den Parteien ausverhandelt und unterzeichnet.
 - Vereinbart wird: Es sollen nur diese Bedingungen für den Einkauf der IT-Leistungen gelten
 - Abwicklung in der Praxis: Bestellungen, die das Unternehmen A tätigt, haben auf einem eigenen Formular zu erfolgen, welches jedoch abweichende AGB enthält und besagt, dass nur diese AGB zur Geltung gelangen sollen, andere sollen nicht gelten.
 - Grund: Einkäufer kennt zwar Rahmenvertrag, darf aber nicht ohne das Formular Bestellungen tätigen
 - B erbringt nun seine Leistung:
 - Vertrag?
 - Welcher Inhalt?

- Im IT-Projektbereich:
 - Viele Kunden haben AEB (Allgemeine Einkaufsbedingungen)
 - Im staatlichen Bereich: Unterliegen Vergaberecht
 - Bedarf für Regelung für Rahmenverträge/anzuwendenden Bestimmungen
 - Anbieter müssen Angebot kalkulieren können
 - Rechtlichen Regelungen können Einfluss auf Preis oder Produktgestaltung haben
 - Viele AEB-IT ähnlich
 - Wer schreibt von wem ab?
 - Fehler oder merkwürdige Formulierungen werden mitabgeschrieben!
- IT-Dienstleistungen, Software-Entwicklung und Projektabwicklung (AVB-IT/Projekte) der Republik Österreich
 - Quelle: <http://www.bbg.gv.at>
 - Vergleichsweise ausgeglichen
 - Mutter von einigen AEB?
 - Regelt relativ umfassend „Einkauf“ einer Software-Entwicklung

- Inhalte – Wünsche eines Auftraggebers:
 - Hinauszögern der Übergabe / Abnahme
 - Vollständigkeitsgarantie des Angebots
 - Lieferung Source-Code
 - Wartung von Software inkludiert laufende Anpassung der Software an gesetzliche Rahmenbedingungen
 - Achtung: Wer ist nochmal der Auftraggeber?
 - Regelung der Nutzungsrechte und Erfindungen
 - Fehlerklassen und Reaktionszeiten
 - Gewährleistung / Garantie
 - Freiheit von Rechten Dritter
 - Schadenersatz
 - Pönalen (Verzug)

■ Im IT-Bereich:

- Auftraggeber verlangt Einhaltung diverser Vorschriften, bzw. Abgabe von Erklärungen, dass der Auftragnehmer diese einhält:
 - Keine Kinderarbeit, faire Arbeitsbedingungen, Sozialethik
 - Regelungen, über Remote-Zugriff für Mitarbeiter des Auftragnehmers
 - Oft pauschal: Datenschutz
 - Transparent, Anti-Korruption und Geldwäschebekämpfung
 - Anti-Diskriminierung
 - Gesundheitsaspekte (Arbeitnehmer, auch oft in Lieferantenkette)
 - „Green IT“ und Umweltschutz (E-Mails nicht ausdrucken!)
 - Vorhandensein diverser interner Prozesse (Qualität, Whistleblowing, ...)
 - Und überhaupt: Einhaltung aller Gesetze
 - Überprüfung durch Einsichtnahme, Offenlegungspflichten, Externes Audit,...

■ Probleme:

- „Herüberschwappen“ von ausländischen Bestimmungen
 - Können strenger, aber auch weniger streng sein
 - Inkompatibilitäten!
 - Oft überschießend!

- Probleme – Fortsetzung:
 - Inkompatible Compliance-Regelungen
 - Müssen oft auch noch an Subunternehmer oder Mitarbeiter überbunden werden
 - Einhaltung von Gesetzen
 - Das Gesetz gibt kein vertragliches Recht auf Einhaltung aller Gesetze
 - Gültigkeit und Bindungskraft?
 - Vertragliche Verpflichtung oder Selbsterklärung?
 - Weiche Bemühenszusagen, oder „hart einklagbar“?
 - Was passiert bei Verstoß?
 - Oft Überschneidungen mit gesetzlichen Bestimmungen
 - Hineintragen in den privatrechtlichen Bereich
- Lösung und Empfehlungen
 - Anpassung an konkrete Situation / Vertrag
 - Verhandeln, selektive Übernahme von Pflichten
 - Überprüfung als AGB (?)

■ Beispiel 1:

“A strict programme to monitor and manage the performance and behaviour of drivers must be implemented. This programme must include, but should not be limited to:

- 6.5.1. The use of seat belts by both drivers and passengers;
- 6.5.2. The control of use of drugs and alcohol in relation to driving;
- 6.5.3. The carriage of only the appropriate numbers of passengers;
- 6.5.4. The speed and behaviour of drivers;
- 6.5.5. Prohibit the use of hand held mobile phones whilst driving;
- 6.5.6. Ensure that all loads and equipment are carried safely; and
- 6.5.7. Ensure that vehicles are only used for their intended purpose.”

■ Beispiel 2:

“Minimum age is the age of completion of compulsory schooling, or not less than 15 years (or not less than 14 years, in countries where educational facilities are insufficiently developed, in accordance with international principles).

Personal development includes a child’s health or physical, mental, spiritual, moral or social development.

“Child” means a person below the age of 18 years, as defined in Article 1 of the United Nations Convention on the Rights of the Child.”

■ Beispiel 3:

“The Supplier shall operate an effective system of quality assurance capable of demonstrating as a minimum that its quality management system conforms to the requirements of ISO9000 (or ISO20000 where applicable) or equivalent standard and is certified by an independent accredited third party.”

■ Beispiel 4:

“We are committed to sustainable business practices and environmental protection.

We will use finite resources carefully.

We will promote the use of operational practices that reduce the environmental burden associated with our activities.

We will support innovative developments in products and services that can offer environmental and social benefits.”